



Bündnis 90/Die GRÜNEN – Kreistagsfraktion Kreis Ahrweiler

Landrätin
Cornelia Weigand

Bündnis 90/Die GRÜNEN
Kreistagsfraktion Kreis Ahrweiler
Birgit Stupp / Fraktionsvorsitzende
Mobil: 0152 5922 6892
Mathias Heeb / Fraktionsvorsitzender
Mobil: 0151 4038 0863
kreistagsfraktion-gruene-aw@web.de
<https://gruene-aw.de/kreistagsfraktion/>

Antrag Bündnis 90/ Die GRÜNEN zum Werksausschuss des ESG am 10.03.25, hier: Festlegung eines Schulentwicklungsplans für die weiterführenden Schulen des Kreises Ahrweiler in Abstimmung mit der ADD, Umsetzung möglichst mit dem Schuljahr 2026/27

Sehr geehrte Frau Landrätin, liebe Cornelia, sehr geehrte Kreisbeigeordnete, liebe Kollegen
Fraktionsvorsitzende,

die Fraktion von Bündnis 90/Die GRÜNEN beantragt, zur nächsten Sitzung des Werksausschusses des ESG am 10.03.2025 folgenden Antrag als Beratungsgegenstand auf die Tagesordnung zu nehmen:

Festlegung eines Schulentwicklungsplans für die weiterführenden Schulen des Kreises Ahrweiler in Abstimmung mit der ADD, Umsetzung möglichst mit dem Schuljahr 2026/27

Der Kreistag beauftragt die Kreisverwaltung, für das Schuljahr 2026/27 einen kreisweiten Schulentwicklungsplan zu erstellen. Der Plan soll eine kreisweite Vereinheitlichung der Sekundar I - Schulen durch die Überführung dieser in die Trägerschaft des Kreises beinhalten. Dies soll mit den Kommunen gemeinschaftlich und als Gesamtmaßnahme unter Berücksichtigung der Gymnasien umgesetzt werden. In den Entwicklungsprozess ist die ADD mit einzubinden. Der Antrag umfasst folgende Schrittigkeit:

1. Die Kreisverwaltung wird beauftragt, mit den kommunalen Trägern der weiterführenden Schulen in Gespräche zu treten, um eine mögliche Übertragung der Trägerschaft an den Kreis Ahrweiler, insbesondere als Realschulen plus, zu erörtern. Dabei soll auch ein angemessener finanzieller Ausgleich durch die Kommunen geregelt werden, um die Belastung des Kreishaushalts zu minimieren.
2. Die Kreisverwaltung wird beauftragt, die Ergebnisse der Gespräche in den Fachausschüssen sowie im Kreistag vorzustellen. Über das weitere Vorgehen, ob der Kreis die Trägerschaft übernimmt, ist abschließend zu beraten und zu beschließen.

Bündnis 90/Die GRÜNEN, Kreistagsfraktion Kreis Ahrweiler
Fraktionsvorsitz Birgit Stupp (0152 5922 6892) & Mathias Heeb (0151 4038 0863)
kreistagsfraktion-gruene-aw@web.de <https://gruene-aw.de/kreistagsfraktion/>



3. Falls es wie unter 2. beschrieben zur genannten Übertragung der Trägerschaft kommt, wird die Kreisverwaltung beauftragt, einen Schulentwicklungsplan zu erstellen, der die jeweilige Schulform der neuen Schulen in Trägerschaft des Kreises Ahrweiler festlegt und als Gesamtkonzept für den Kreis mit sämtlichen weiterführenden Schulen aufstellt. Ziel ist es, die Schullandschaft im Kreis Ahrweiler umfassend neu zu gestalten und attraktive Angebote zu schaffen. Die Schaffung einer vielfältigen und gut vernetzten Schulstruktur soll den Kreis für Familien sowohl in städtischen als auch ländlichen Gebieten noch attraktiver machen.

Begründung:

In den letzten Wochen haben mehrere Kommunen angeboten, die Trägerschaft von Realschulen plus an den Kreis Ahrweiler zu übertragen. Um den Kreishaushalt nicht zu überlasten, sind angemessene Ausgleichszahlungen an den Kreis Ahrweiler notwendig. Die Übertragung der Trägerschaft eröffnet Möglichkeiten der Neugestaltung und Weiterentwicklung der Schullandschaft im gesamten Kreisgebiet. Parallelstrukturen würden vermieden, Synergien genutzt und eine individuelle Förderung der Sekundarschülerinnen und -schüler in gut erreichbarer Wohnumgebung ermöglichen. Eine Steigerung der Attraktivität des Kreises für junge Familien und eine Verbesserung der Lebensqualität in städtischen sowie ländlichen Bereichen ist zu erwarten, ein gutes Mittel, um dem demografischen Wandel zu begegnen.

Das vom Kreis beauftragte Gutachten hat gezeigt, dass es ungenutzte Potenziale in der Schulstruktur gibt, die durch eine gesamtheitliche Betrachtung wesentlich besser erschlossen werden könnten. Sollte es zur Übertragung der Trägerschaft kommen, könnte die Kreisverwaltung durch die Gesamtbetrachtung auch die kommunalen Verwaltungen entlasten, deren Schulen sich im Wiederaufbau befinden.

Birgit Stupp und Mathias Heeb
Fraktionsvorsitzende
Bündnis 90/Die GRÜNEN